



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 05.06.2019, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. (TTW) -
Jahresbericht 2018

Vorl.Nr. 186/19

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt OBM **Spec** mit, Tagesordnungspunkt 2 „Auswahlmöglichkeit für Stadträtinnen und Stadträte: Parkticket für die Rathaustiefgarage oder 9 Uhr Firmen-Abo für den VVS“ werde entsprechend der Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 29.05.2019 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und werde nach der konstituierenden Sitzung mit dem „neuen“ Gemeinderat beraten.

Weiter informiert OBM **Spec**, dass aufgrund einer Presseanfrage in Kürze ein Pressegespräch stattfinden werde. Hintergrund seien die Überlegungen der Stadt Konstanz, das traditionelle Seenachtsfest (mit Feuerwerk) im Jahr 2020 wegen des ausgerufenen Klimanotstands nicht mehr zu veranstalten. Es sei die Frage gestellt worden, ob Ludwigsburg ähnliche Überlegungen (z.B. im Hinblick auf das Klassik-Open Air) anstelle. Anhand einer Grafik stellt er vor, dass das Thema im Zusammenhang mit der laufenden Fortschreibung des Energie- und Klimakonzepts angegangen werden solle. Es soll mit wirklich substanziellen Maßnahmen der erfolgreiche Weg in Ludwigsburg weiter fortgesetzt werden und es sollen nicht nur symbolträchtige Akzente gesetzt werden um die Dringlichkeit des Themas zu verdeutlichen. Per E-Mail werde man den Stadträtinnen und Stadträten weitere Informationen hinsichtlich des geplanten Dialogprogramms zukommen lassen. Neben den Vertretern des Gemeinderats sei der Dialog mit Friday for Future mit der Schüler- und zwischenzeitlichen Elternbewegung parents for future, mit den christlichen und muslimischen Glaubensgemeinschaften, den Betriebs- und Personalräten und Vertretern der Wirtschaft geplant.

Sodann tritt er in die Tagesordnung ein und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Er verweist auf die Vorlage 186/19. Anschließend begrüßt er Frau Gonsiorek und bittet um Vortrag.

Frau **Gonsiorek** (Tanz- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg, TTW) stellt den Jahresbericht 2018 vor. Parallel werden anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) Impressionen aus der Tanz- und Theaterwerkstatt gezeigt.

Die Stadträte **Kreiser, Prof. Vierling, Deetz, Weiss, Eisele, Dziubas** und **Burkhardt** sprechen ihren Dank für den Vortrag, sowie Lob und Anerkennung für die Arbeit der Tanz- und Theaterwerkstatt aus.

Nach ergänzenden Informationen durch Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) nimmt das Gremium vom Sachbericht 2018 der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. Kenntnis.

TOP 2	Auswahlmöglichkeit für Stadträtinnen und Stadträte: Parkticket für die Rathaustiefgarage oder 9 Uhr Firmen-Abo für den VVS	Vorl.Nr. 164/19
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung (entsprechend der Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 29.05.2019) von der Tagesordnung abgesetzt und soll nach der konstituierenden Sitzung mit dem „neuen“ Gemeinderat beraten werden.

TOP 2.1	Abschaffung des kostenlosen Parktickets für Stadträtinnen und Stadträte - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2019	Vorl.Nr. 212/19
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 2

TOP 3	Bewerbung der Stadt Ludwigsburg im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ des BMI	Vorl.Nr. 191/19
-------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg setzt im Rahmen ihrer Bewerbung im Förderprogramm „Modellprojekt Smart Cities“ des BMI folgende Maßnahmen um:

- 1.) Diskussion und Gestaltung der Digitalen Agenda unter breiter öffentlicher Bürgerbeteiligung im Kontext der nachhaltigen Stadtentwicklung.
- 2.) Der schon begonnene Prozess der Digitalen Agenda wird strategisch unter den Gesichtspunkten der Smart City Charta fortgesetzt und partizipativ weiterentwickelt.
- 3.) Der bisher verfolgte ganzheitliche und gesamtstädtische Ansatz durch die Steuerung mit Masterplänen und einer projektorientierten sektorenübergreifenden Struktur wird bei der Umsetzung des Modellprojekts angewendet. Dabei sollen die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung betrachtet werden.
- 4.) Unter Berücksichtigung von bereits zugesagten Drittmitteln stellt die Stadt Ludwigsburg über den Förderzeitraum von sieben Jahren (4. Quartal 2019 – 4. Quartal 2025) Eigenmittel in Höhe von **bis zu** 5.725.000 € zur Verfügung – **vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gemeinderates über einzelne Teilprojekte**. Dies entspricht einem Eigenanteil von 35 % bei einem Gesamtfördervolumen von 16.357.000 €. Durch die Beteiligung von SWLB und WBL als Finanzierungspartner (13% des Eigenanteils) bleibt für die Stadt ein Investitionsaufwand von **bis zu** ca. 3.598.536.000 €.
- 5.) Die während des Prozesses gewonnenen Erkenntnisse werden fortlaufend im Sinne eines beispielhaften Lernens für und mit anderen Kommunen ausgetauscht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 11 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Haller
- Stadtrat Link
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat V. Lutz
- Stadträtin Orzechowski
- Stadtrat Seybold

Ja 22 Nein 1 Enthaltung 11

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 29.05.2019.

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt) erläutert Herr **Altmann** (Team Digitalisierung) den Sachverhalt.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass sich die Bundesregierung dazu entschlossen habe für die nächsten 10 Jahre ein umfangreiches Förderprogramm aufzulegen. Er dankt den Beteiligten für die Arbeit.

OBM Spec eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** sieht die Bewerbung als richtig an und dankt für die Ausarbeitung. Die Stadt erhalte Zuschüsse, dennoch müsse aus dem städtischen Haushalt, sowie durch die Stadtwerke,

Eigenanteile geleistet werden. Die konkreten Teilprojekte sollen im Gemeinderat beschlossen und notwendige kostenintensive Projekte vor der Haushaltsberatung gut geprüft und überdacht werden. Zudem spricht er die künftige Entwicklung im Stellenplan an. Die Frist der Beantragung solle dennoch nicht verstrichen werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf die kurze Fristsetzung und dem damit verbundenen heutigen Beschluss an. Er weist darauf hin, dass die Termininformationen wichtig seien. Er geht auf den Inhalt des Beschlussvorschlages, insbesondere auf die gesellschaftliche Wirkungen der Digitalisierung ein. Die Digitalisierung müsse problemorientiert als Mittel eingesetzt werden. Der Personalkostenblock als Begleiterscheinung, sei sehr groß. Weiter geht er auf den Oberbürgermeisterwahlkampf ein und macht kritische Anmerkungen hierzu. Die Vorlage stellt einen Gesamtrahmen dar, aus dem nur einzelne Elemente umgesetzt werden können. Eine konkrete Angabe zu den Bürgerprojekten wünsche er. Das vordringliche Thema der Schaffung von bezahlbarem Wohnraumes dürfe nicht in den Hintergrund treffen. Die Digitalisierung sei keine Pauschallösung für Zukunftsprobleme. Überwiegend werde der geänderten Vorlage zugestimmt. Die Förderchancen durch den Bund sollen nicht ausgeschlossen werden.

Der Zeitdruck sei wahrgenommen worden, so Stadtrat **Dr. O`Sullivan**. Geschäftsführend müsse in der Übergangsphase der Beschluss gefasst werden. Der Antrag sei gestellt und ein Gemeinderatsbeschluss nachzureichen. Der weitere Ablauf der Projekte, insbesondere die gesellschaftliche Einbindung des Digitalisierungsprozesses, werde genau betrachtet. Die Vorlage sei schwierig zu lesen, bemängelt er. Bei einer allgemeinen Anmeldung wundere er sich über die Angabe von konkreten Beträgen. Weiter vermisst er genaue Angaben zu den Bürgerprojekten. Vorab solle eine Problemlage erkannt, sowie analysiert werden und zitiert Stadtrat F. Lutz aus der Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Ihm fehlen Informationen zur Notwendigkeit der Maßnahmen und dem konkreten Nutzen für die Bürger. Er bemängelt ebenso die fehlenden Informationen zu LivingLab. Jedes Projekt solle künftig einzeln beraten werden und geht weiter auf einzelne Projekte ein. Bedenken müssen in einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess aufgenommen werden. Problematisch sehe er die Smart Home Projekte. Deutlich müsse der konkrete Nutzen und die Kosten für die Stadt einzelner Projekte dargestellt werden. Der Vorlage werde dennoch zugestimmt.

Stadtrat **Weiss** dankt für den Vortrag. Für die Digitalisierung und die weitere Entwicklung Stadtentwicklungskonzeptes sei dies Voraussetzung. Viele Infrastrukturmaßnahmen laufen bereits. Die Projekte sollen kontrolliert und begleitet durchgeführt werden. Die künstliche Intelligenz bedeute Wohlstand und weniger Ressourcenverbrauch, sowie eine Verbesserung des Klimawandels. Dem Beschlussvorschlag werde zugestimmt.

Stadtrat **Eisele** geht auf die sinnvolle Änderung der Vorlage ein. Die einzelnen Projekte werden künftig beraten. Der Vorlage werde zugestimmt. Die Digitalisierung sei innovativ und nicht reaktiv.

OBM **Spec** geht auf die im Herbst geplante Informationsfahrt nach Ulm ein. Die Stadtwerke seien hervorragend aufgestellt. Weiter verweist er auf die Smart City Charta des Bundes. Die digitale Unterstützung, insbesondere im Hinblick der Herausforderung im Klimaschutz, sei notwendig. Die Stadtwerke richten sich auf deutlich mehr Elektroladeinfrastruktur ein. Der Trend gehe dazu, dass Wohnungsbauunternehmen künftig Fahrzeugpools anbieten werden. Zu LivingLab seien mehrfach Zwischenberichte erfolgt. In den nächsten Tagen werde eine Broschüre hierzu erstellt.

Stadträtin **Dr. Knoß** werde sich heute enthalten und bemängelt den zeitlichen Druck, sowie die fehlende Transparenz.

Die Verwaltung selbst hatte lediglich einen kurzen Zeitraum für die Bearbeitung, so OBM **Spec**.

Ebenso nicht zustimmen werde Stadtrat **von Stackelberg**. Viele Projekte der Stadt stagnieren. Viele Themen müsse in Ruhe diskutiert und nicht jede Förderung in Anspruch genommen werden.

OBM **Spec** wünscht von seinem Vorredner keine pauschalen Behauptungen, sondern die Nennung von konkreten Projekten.

Stadtrat **von Stackelberg** nennt beispielhaft einige Projekte wie Energetikum, Seilbahn, B4, Schulplanung. Man solle am Ende der Legislaturperiode ein Resümee ziehen.

OBM **Spec** hofft, dass der Fokus vermehrt auf die durchgeführten Projekte gerichtet werde. Im Anschluss lässt OBM **Spec** Beschluss fassen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.